



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

im Hause

Tino Sorge MdB
Gesundheitspolitischer
Sprecher

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-77410
F 030. 227-76408

tino.sorge@bundestag.de
www.cducusu.de

Berlin, 20. Januar 2022

Verkürzung des Genesenenstatus und Änderungen beim Impfstatus von mit Johnson & Johnson geimpften Personen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit einigen Tagen häufen sich die Meldungen aus unseren Wahlkreisen zu diesen beiden Themenkomplexen. Daher möchte ich Ihnen kurz einige Hintergrundinformationen dazu liefern:

In der vergangenen Woche haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat die Verordnung zur Änderung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung und der Coronavirus-Einreiseverordnung, auch mit den Stimmen von CDU/CSU und den unionsgeführten Ländern, beschlossen. Diese Verordnung ermöglicht es, grundsätzliche Änderungen von Quarantäne und Isolation aufgrund von Impfung und Genesung vorzunehmen.

Die Änderungen sollen Bezug auf Veröffentlichungen des Robert Koch-Institutes (RKI) und des Paul-Ehrlich-Institutes (PEI) nehmen, die auf Basis aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen. Hintergrund dieser Regelungen war es, unter anderem den Zeitraum der Quarantäne angesichts der massiv steigenden Fallzahlen durch die Omikron-Variante zügig anpassen zu können. Die Verordnung ist am 15. Januar 2022 in Kraft getreten.

Auf Basis dieser Verordnung wurden in den darauffolgenden Tagen die Vorgaben auf den Homepages von RKI und PEI zum Genesenenstatus (neu: 3 statt 6 Monate) sowie zum Impfstatus von mit Johnson & Johnson geimpften Personen (neu: vollständiger Schutz erst nach zwei statt einer Impfung) geändert.

Allerdings: Der Bundesminister für Gesundheit hat es gänzlich versäumt, diese weitreichenden Änderungen kommunikativ zu begleiten und öffentlich zu erklären. Dies hatte zur Folge, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürger davon überraschend aus der Presse erfahren haben und natürlich verunsichert sind.

Unsere Haltung dazu ist klar: Nicht die Tatsache, dass die Änderungen durch PEI und RKI erfolgten, ist zu kritisieren – sondern der kommunikative Totalausfall des Ministeriums. Den Menschen zentrale Entscheidungen der Pandemiebekämpfung zu erklären, ist Aufgabe des Gesundheitsministers.

Auch im Ausschuss für Gesundheit am gestrigen Mittwoch hat Minister Lauterbach keine Erklärung dafür liefern können, warum sein Haus an dieser Stelle zentrale Maßnahmen nicht kommuniziert und dadurch dem Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürgern an dieser Stelle geschadet hat.

Ein solches Handeln schadet der grundsätzlichen Akzeptanz der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in der Bevölkerung und erweist der exzellenten wissenschaftlichen Arbeit von RKI und PEI einen Bärendienst.

In der Pandemie ist schnelles Handeln gefragt und auch unverzichtbar. Umso wichtiger ist eine alltagsnahe und schnelle Kommunikation durch die Bundesregierung, die tagesaktuelle Entscheidungen begründet. Diese handwerklichen Fehler sollten dem ansonsten medial so versierten Bundesminister künftig nicht mehr unterlaufen.

Mit freundlichen Grüßen


Tino Sorge, MdB